

Fragen an Parteien und Wählergemeinschaften

Im Vorfeld der **Bürgerschaftswahl am 6.5.2018** haben die Kreiselternervertretung (Kitas), die „Elterninitiative für Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowie die HortretterInnen eine Umfrage mit zwölf Fragen unter den antretenden Parteien zum **Themenkomplex Kindertagesbetreuung** durchgeführt.

Fast alle Parteien und alle Wählergemeinschaften haben geantwortet, dafür bedanken wir uns herzlich!

Umfrage der Lübecker Elterninitiativen und der KEV

Kommunalwahl 2018



HortretterInnen



Für mehr chancen FREIHEIT

Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AFD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?	Es ist eine sachgerechte Forderung der Eltern angestrebt. Höhe der Kosten für die Kindertagesbetreuung jedoch ganz wesentlich vom Umfang der Zuschüsse von Bund und Land abhängig .	Ja, langfristig schnittweise Reduzierung der Elternbeiträge bis zur Beitragsfreiheit . Zunächst jedoch Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung und der Schulkindbetreuung.	Ja, eine Reduzierung ist angestrebt, die Höhe ist abhängig von den zukünftigen Landesmitteln.	Ja, schnellstmöglich Deckung , mittelfristig Beitragsfreiheit .	Ja, keine Erhöhung , mindestens letztes Kita-Jahr beitragsfrei.	Ja, Beitragsfreiheit angestrebt.	Ja, zunächst keine Steigerung , langfristig Beitragsfreiheit .	Finanzielle Entlastung derer, die dieser bedürfen. Nicht für finanzstarke Eltern.	Ja, Reduzierung der Beiträge, Einführung einer Sozialstaffelung.	Ja, keine Erhöhung , einer Reduzierung wird zugestimmt.
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im U5-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?	Bedarfsgerechte Versorgung sowohl im U3 als auch im U5-Bereich angestrebt. Dieses ist unabhängig von Quoten .	Bedarfsgerechte Betreuungsquote angestrebt. Jedes Kind muss einen Betreuungsplatz bekommen. Der Bedarf muss ermittelt und langfristig geplant werden. Eine hundertprozentige Betreuungsquote an jedem Ort ist nicht möglich und finanzierbar.	Es muss festgestellt werden, ob der Bedarf bisher richtig ermittelt wird. Aunreichende, bedarfs- und anforderungsgerechte Betreuung angestrebt.	Die absolute Anzahl der Plätze muss bedarfsgerecht steigen . Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für alle Familien möglich sein. 100 % im U5-Bereich angestrebt. Ausbau von inklusiven Angeboten , um Kindern mit besonderem Förderbedarf gerecht zu werden.	Verbindliche Wiedereinführung der Vorschule (100 % im U5-Bereich). Für (längere Altersgruppen) Betreuungsquoten weit unter 100% akzeptabel, wenn sie Ausdruck der Wahlfreiheit der Eltern sind.	Deutlicher Ausbau . Im U3-Bereich sollte mindestens mit 95% und im U5-Bereich mindestens mit 50% geplant werden. Wichtig ist die bedarfsgerechte Planung , dazu sind die Pläne regelmäßig zu überprüfen und (zukünftige) Eltern zu befragen.	Ein Ausbau sollte erfolgen. Umfang der Erweiterung hängt von Landesgeldern und verfügbaren Fachkräften ab.	-	Deutlicher Ausbau , insbesondere im U3-Bereich. Transparente Erfassung des Bedarfs, ggf. genaue Bedarfsermittlung durch unabhängiges Gutachten.	Ausweitung der Betreuungsquote , Berücksichtigung von zukünftigem Betreuungsbedarf in Neubaugebieten. Im U3-Bereich sollen mindestens 50% erreicht werden, im U5-Bereich schnellstmöglich Deckung des Bedarfs zu 100%.
3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenschlüssel für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte , mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?	keine weitere Aufstockung geplant. Unabhängig von der Höhe der Bezuschussung ist eine ausreichende personelle Ausstattung , die auch Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten ermöglicht, angestrebt.	Ja, Vor allem durch bessere Personalschlüssel und mehr Sprüngekräfte . Einsatz weiterer Mittel in Abstimmung mit Verwaltung und freien Trägern.	Höhere Personalschlüssel und mehr Verfügungszeiten sind angestrebt.	Nein. Für die genannten Zwecke sollen Landesmittel aufgebracht werden. Einsatz für mehr Landesmittel.	Ja, für kleinere Gruppen und mehr Betreuungskräfte .	Ja, für mehr Vertretungskräfte , mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten , kleinere Gruppengrößen , mehr zeitlichen Spielraum für die Kita-Leitungen, Abbau von Bürokratie .	Ja, schrittweise Aufstockung der Mittel.	-	Ja, aber nicht für die genannten Zwecke sondern statt dessen mehr Vollzeitstellen für ErzieherInnen und SPAs schaffen.	Ja, für eine Verbesserung des Betreuungschlüssels und bessere Bezahlung der Mitarbeiter auch bei freien Trägern.
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf Kommunalpolitischer Ebene , dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische Assistenten) in Lübeck entgegen zu wirken?	- Unterstützung des umfangreichen Ausbildungsprogramms angestrebt - Ausbildung von Fachkräften durch freie Träger - entsprechende Programme des Landes und des Bundes werden unterstützt	- besserer Personalschlüssel - mehr Sprüngekräfte freie Träger in die Lage zu versetzen, gute Löhne zu bezahlen - verbesserte Kooperation der Stadt mit der Dorothea-Schöcher-Schule mit dem Ziel, die neuen Fachkräfte in Lübeck zu halten	- bessere Bezahlung - Aufbau eines Stipendiums - Programme zum Quereinstieg	- Stärkung der Fachschulischen Ausbildung - Einführung eines dualen, vergüteten Ausbildungssystems - Maßnahmen zur Förderung von Quereinsteigern , z. B. berufsbegleitende Angebote - Ausbildung in Teilzeit ermöglichen - gleiches hohes Niveau der Arbeitsbedingungen bei städtischen Einrichtungen und freien Trägern schaffen	- Verbesserung der Arbeitsbedingungen - Entlastung der Mitarbeiter von nicht-pädagogischen und administrativen Nebenaufgaben zur Erhöhung der Attraktivität der Berufe	- Verbesserung der Attraktivität der Ausbildung - Verbesserung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen - höhere Jobsicherheit mehr gestalterische und persönliche Freiheit für die Mitarbeiter - Ausbau von Weiterbildung - Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten	- Ausbildung über den Bedarf der städtischen Einrichtungen hinaus - Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in den städtischen Einrichtungen - Ausbildung über den Bedarf der städtischen Einrichtungen hinaus - Kooperation mit einem Bildungsträger unter der Fachaufsicht des Landes - staatliche Anerkennung als Abschluss - berufsbegleitende Ausbildung und Kindertagesbetreuung während der Unterrichtsstunden	- Installation einer kommunalen Ausbildung in Kooperation mit einem Bildungsträger unter der Fachaufsicht des Landes - staatliche Anerkennung als Abschluss - berufsbegleitende Ausbildung und Kindertagesbetreuung während der Unterrichtsstunden	- Einarbeitung tragfähiger Konzepte mit ErzieherInnen/SPAs, freien Trägern - Reformierung von Ausbildung zum Erzieher/SPAs: Beitragsfreiheit, Ausbildungsvergütung, kommunale Stipendien , Möglichkeiten von Fernstudium , langfristige Arbeitsverträge , Wohnheimplätze - Förderung von sichereren Arbeitsverhältnissen: unbefristete Verträge , Arbeit auch in Vollzeit möglich, Vergütung nach Tarif, Beamtenstatus etc.	- praxisorientierte und vergütete Ausbildung - Möglichkeit für die Träger, Ausbildungsverträge mit angehenden ErzieherInnen an der Dorothea-Schöcher-Schule abzuschließen - höheres Einstiegsgehalt - besserer Betreuungschlüssel - langfristige Arbeitsverträge - Fortbildungsmöglichkeiten wie z. B. nebenberufliches Studium - Maßnahmen zur Förderung von mehr Männern in Kitas

Die vollständige Tabelle mit allen Fragen gibt es hier: [Tabelle Wahlfragen](#)

Die Tabelle enthält die Antworten zur Übersicht in gekürzter Form. Die vollständigen Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften stehen hier zur Verfügung: [Vollständige Antworten](#)